

LIBYEN

Gewerkschaftsmonitor

März 2024

**FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG**

POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

POLITISCHE ENTWICKLUNG

Seit 2011 durchlebt Libyen eine komplexe und instabile politische Situation. Im Jahr 2011 erhoben sich die Menschen in Libyen vor dem Hintergrund des sogenannten Arabischen Frühlings gegen das Regime von Langzeitherrscher Muammar al-Gaddafi. Unterstützt von einer internationalen Koalition, gelang es den Rebellen, Gaddafi zu stürzen und das Regime zu beenden.

Nach Gaddafis Sturz brach ein Machtkampf zwischen unterschiedlichen politischen und bewaffneten Gruppen aus. Es bildeten sich rivalisierende Milizen und bewaffnete Fraktionen, die um Einfluss und Kontrolle kämpften. Eine einheitliche Regierung konnte sich hingegen nicht etablieren, das Land versank in Chaos und Gewalt.

Im Jahr 2014 wurden Wahlen abgehalten, deren Ergebnis jedoch von vielen Gruppen nicht anerkannt wurde. Stattdessen spaltete sich das Land in zwei rivalisierende Regierungen: die international anerkannte Regierung der Nationalen Einheit (GNA) in Tripolis und die sogenannte Libysche Nationalarmee (LNA) unter Führung von General Chalifa Haftar im Osten des Landes. Diese beiden Regierungen und ihre jeweiligen Verbündeten kämpften um die Kontrolle über Libyen.

Die Situation wurde zunehmend komplexer, nachdem auch ausländische Mächte – darunter Ägypten, die Vereinigten Arabischen Emirate, Russland und die Türkei – begannen, in den Konflikt einzugreifen und verschiedene Fraktionen zu unterstützen. Auch europäische Länder wie Italien und Frankreich spielen in Land und Konflikt eine Rolle. Der Konflikt entwickelte sich zunehmend zu einem Stellvertreterkrieg, bei dem verschiedene ausländische Akteure ihre Interessen verfolgten.

Im Jahr 2020 wurde ein politischer Durchbruch erzielt, als sich die rivalisierenden Parteien auf einen Waffenstillstand einigten und Gespräche unter UN-Vermittlung begannen. Im Februar 2021 wurde eine Übergangsregierung (GNU) unter

Führung von Premierminister Abdul Hamid Dbeiba gebildet, um das Land auf Neuwahlen vorzubereiten. Diese ursprünglich für Dezember 2021 geplanten Wahlen fanden bislang jedoch nicht statt. Vordergründig können sich die unterschiedlichen Fraktionen nicht auf ein Wahlgesetz und die Bedingungen der Kandidatenauswahl für das Präsidentenamt einigen, tatsächlich haben jedoch viele politische Gruppen, wie auch Premierminister Dbeiba und Parlamentssprecher Aguila Saleh, wenig Interesse an Wahlen. Stattdessen verteidigen sie den Status quo und bleiben damit weiter an der Macht.

Die politische Lage bleibt auch deswegen fragil. Die Sicherheitslage im Land ist unsicher und bewaffnete Gruppen konnten ihren Einfluss weiter zementieren. Es besteht keine Rechtssicherheit im Land; auch die Regierung in Tripolis kann ihre Entscheidungen und Gesetze nur eingeschränkt umsetzen. Menschenrechte, insbesondere für Migrant_innen, werden regelmäßig verletzt. Organisationen der Zivilgesellschaft werden zum Teil massiv eingeschränkt oder durch Behörden verfolgt. Das libysche Parlament (House of Representatives, HoR) verabschiedet kaum neue Gesetze. Es gibt einen erheblichen Reformstau und teilweise gelten weiterhin Gesetze aus der Zeit der Diktatur. Zahlreiche Institutionen sind zwischen Ost und West gespalten. Die Wiedervereinigung des Landes und der Aufbau einer stabilen Regierung bleiben große Herausforderungen für die Zukunft Libyens.

WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

Libyen ist eine Rentenökonomie, die maßgeblich auf der Produktion und dem Verkauf von fossiler Energie und deren Nebenprodukten basiert. Jenseits des Erdölsektors, der ca. 97 Prozent der libyschen Wirtschaftsleistung ausmacht, hat Libyen keine nennenswerte Industrieproduktion.

Der Öl- und Gassektor dominiert die Wirtschaft in Libyen. Dessen Einnahmen machten in den letzten zehn Jahren 81 Prozent der Staatseinnahmen aus. Ende 2021 gehörte Libyen mit drei Prozent der weltweit nachgewiesenen Vorkommen zu den zehn Ländern mit den größten Erdöl- und Erd-

gasreserven. Im Jahr 2021 wurden fast 71 Prozent der libyschen Rohöl- und Kondensat-Ausfuhren nach Europa exportiert, insbesondere nach Italien, Deutschland und Spanien.

Die Wirtschaftsdaten und Prognosen zu Libyen variieren stark und sind von großer Unsicherheit gekennzeichnet. So geht der Internationale Währungsfonds (IWF) nach einem Plus von 28,3 Prozent im Jahr 2021 für 2022 von einem Rückgang des BIP um 18,5 Prozent aus. Für das Jahr 2023 erwartet der IWF wiederum ein Plus von ca. 17,9 Prozent. Abgesehen von der Volatilität ist das libysche reale BIP seit 2011 stark zurückgegangen. Obwohl es sich 2021 etwas erholt hat, wird das reale BIP für 2022 auf etwa die Hälfte des Vorkonflikt-BIP von 2010 geschätzt. Das reale Pro-Kopf-Einkommen weicht deutlich vom Aufwärtstrend der Länder in der Region Naher Osten und Nordafrika sowie von anderen von Konflikten und Fragilität betroffenen Ländern (Fragility, Conflict and Violence, FCV) sowie Ländern mit ähnlichem Einkommensniveau ab.

Die Einnahmen aus dem Öl- und Gassektor spielen die entscheidende Rolle bei der Finanzierung der Staatsausgaben und der Unterstützung der Gesamtnachfrage. Libyen muss fast sämtliche Kapital- und Konsumgüter importieren. Dies ist durch den Anstieg der Weltmarktpreise für Energierohstoffe aktuell gewährleistet und verschafft Libyen finanziell ein gewisses Polster. China, die Türkei und Italien sind in den letzten Jahren durchweg die wichtigsten Lieferländer für diese Konsumgüter.

Die verzerrende Präsenz des Staates, makroökonomische Unsicherheit, politische Instabilität, geringe Inlandsnachfrage, Korruption, Ungewissheit in Bezug auf die Regulierungspolitik in der Wirtschaft, die starke Abhängigkeit vom Erdöl und der innerstaatliche Konflikt haben die Entwicklung eines dynamischen Privatsektors in den letzten Jahren gehemmt. Der Großteil der libyschen Arbeitnehmerschaft ist beim Staat angestellt und damit direkt abhängig von den finanziellen Spielräumen im Staatshaushalt.

Libyen ist in hohem Maße von Weizen- und Getreideeinfuhren aus Russland und der Ukraine abhängig. Im Zuge der Russland-Ukraine-Krise schoss die Inflationsrate des Lebensmittelteils des Minimum Expenditure Basket (MEB) auf über 40 Prozent im Jahresvergleich. Die Preise für Couscous und Brot waren im Mai 2022 um 80 bzw. 34 Prozent höher als im Vergleich zum Februar 2022.

Im Jahr 2021 lag die Arbeitslosenquote in Libyen nahezu unverändert bei 20,61 Prozent und erreichte damit ihren höchsten Wert im Zeitraum von 2002 bis 2021. Die Jugendarbeitslosigkeit (15–24 Jahre) ist in den letzten zwanzig Jahren stetig angestiegen. Die letzten Schätzungen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) liegen für 2020 bei 51,5 Prozent, womit Libyen die dritthöchste geschätzte Jugendarbeitslosenquote der Welt aufweist. Die von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) in der zweiten Hälfte des Jahres 2020 erhobenen Daten zeigen, dass die Jugendarbeitslosenquote in den städtischen Gebieten im Norden 65 Prozent, in den ländlichen Gebieten im Norden 20 Prozent, im Westen 75 Prozent und im Süden fast 100 Prozent erreicht hat.

GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

Aufgrund der speziellen Situation der libyschen Wirtschaft gibt es nur sehr wenige Sektoren, in denen gewerkschaftliche Macht entstehen kann. Eine Organisation innerhalb des Öl-Sektors wäre durch die zentrale Bedeutung dieses Sektors für Wirtschaft und Staat besonders wirkmächtig. Jedoch wird diese von staatlichen Stellen aktiv bekämpft und notfalls mit Gewalt oder der Androhung von Gewalt verhindert. Daher ist der Einfluss der Gewerkschaften in diesem Sektor vergleichsweise gering.

Dadurch, dass der libysche Staat der mit Abstand größte wirtschaftliche Akteur ist, ist der öffentliche Sektor in Libyen erheblich aufgebläht. Die meisten Gewerkschaften und größten Mitgliederzahlen sind daher im öffentlichen Sektor zu finden, auch wenn hier keine verlässlichen Zahlen existieren. Wichtige Sektoren, die teilweise privatwirtschaftlich organisiert sind und eine relativ große Bedeutung im Land haben, sind der Transportsektor und das Bankenwesen. Insbesondere im Transportwesen nutzen Gewerkschaften teilweise ihren Einfluss und drohen mit Streiks, um ausstehende Gehaltszahlungen zu erhalten. Andere Sektoren sind vollständig informell organisiert, sodass dort keine bekannten Gewerkschaften oder andere Interessenvertretungen existieren.

Die rechtliche Situation von Gewerkschaften in Libyen ist aktuell unklar: Es herrscht ein Streit darüber, ob ein Gesetz aus der Gaddafi-Zeit (Nr. 23 von 1998) weiterhin gilt oder nicht. Nach diesem Gesetz ist die Freiheit von Gewerkschaften offiziell garantiert, doch praktisch erheblich eingeschränkt, da Gewerkschaften laut Gesetz vom Sekretariat des nationalen Parlaments bestätigt werden müssen. Viele libysche Gewerkschafter_innen sehen diese Regelung als ungültig an, da sie aus der Zeit der Diktatur stammt. In Abwesenheit einer neuen rechtlichen Grundlage ist der rechtliche Rahmen für Gewerkschaften aktuell unklar. Die bestehenden Gewerkschaften sind daher als zivilgesellschaftliche Organisationen registriert.

Als wichtige Interessenvertretung wird in Libyen immer wieder die Frauenunion genannt, die als eine der wenigen zivilgesellschaftlichen Organisationen landesweit aktiv ist und bislang eine Spaltung verhindern konnte. Allerdings handelt es sich hierbei nicht um eine Gewerkschaft im eigentlichen Sinne, sondern um eine allgemeine Interessenvertretung von Frauen, die allerdings oftmals die speziellen Probleme und Herausforderungen von Frauen in einzelnen Berufen adressiert.

GEWERKSCHAFTEN IN LIBYEN – FAKTEN UND DATEN

HISTORISCHE ASPEKTE

Nach der Unabhängigkeit Libyens im Jahr 1951 entwickelte sich eine kleine Arbeiter_innenbewegung, die für ein Arbeitsgesetz eintrat. Mit Unterstützung der ILO wurde ein Gesetz entworfen und 1957 verabschiedet, das unter anderem das Recht zur Gründung von Gewerkschaften, zu Streiks und festgelegten Arbeitsstunden festschrieb. Mit der Revolution

von 1969 unter Führung von Muammar al-Gaddafi wurden sämtliche Gewerkschaften und Berufsverbände aufgelöst. Von 1971 bis 1977 existierten Gewerkschaften nur als Teil der Arabisch-Sozialistischen Union, quasi dem politischen Apparat des Staates. Auch nach der Auflösung der Union verblieben die Gewerkschaften unter der vollständigen Kontrolle des Regimes und besaßen in dieser Zeit keine Unabhängigkeit. Nach dem Sturz des Gaddafi-Regimes 2011 war Gewerkschaftsarbeit zwar wieder möglich, doch die Bewegung spaltete sich sehr schnell in viele kleinere Gewerkschaften auf. Zudem war der rechtliche Rahmen für die Gewerkschaften unklar, sodass sie ineffektiv und fragil blieben.

GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT

Zu den stärksten Branchengewerkschaften gehört die Gewerkschaft der Hafenarbeiter_innen, die nach eigenen Angaben ca. 15.000 Mitglieder zählt. Die Hafenarbeiter_innen sind sowohl für den Ölexport als auch für den Import von Konsumgütern nach Libyen von zentraler Bedeutung und haben daher eine vergleichsweise große strukturelle Macht. Ähnliches gilt für die Gewerkschaft des Bodenpersonals der Flughäfen, die in der Vergangenheit schon mehrfach mit Streiks gedroht haben. Der wichtigste Wirtschaftszweig in Libyen ist die Förderung und Produktion von Erdölprodukten. Hier gab es zwar Versuche, eine Gewerkschaft zu etablieren, was jedoch bislang durch staatliche Sicherheitskräfte oder affilierte bewaffnete Gruppen verhindert wurde. Die große strategische Wichtigkeit dieses Sektors macht daher eine Ausweitung gewerkschaftlicher Aktivitäten schwierig. Schließlich existiert noch eine vergleichsweise große Gewerkschaft entlang der Produktionskette für Weizenprodukte, das heißt von Getreidemöhlen bis hin zu Fabriken für die Produktion von Nudeln etc. Auch im Energiesektor, insbesondere bei der Stromproduktion, gibt es verhältnismäßig einflussreiche Gewerkschaften. Die zahlenmäßig größte Gewerkschaft in Libyen ist die Gewerkschaft der Lehrer_innen, die jedoch aufgrund ihrer geringen strukturellen Macht wenig Einfluss besitzt.

Aufgrund der sehr angespannten politischen Situation versucht sich insbesondere die FES-Partnergewerkschaft General Union of Libyan Syndicates (GULS) nicht in politische Auseinandersetzungen hineinziehen zu lassen oder politische Positionen einzunehmen. Dies hat auch damit zu tun, dass die poli-

tische Lage vor allem von der Unterstützung bzw. Ablehnung bestimmter politischer Akteure dominiert wird. Die Gewerkschaften sind weder Teil des aktuellen nationalen Aussöhnungsprozesses oder der Friedensverhandlungen unter Führung der Vereinten Nationen noch parteipolitisch organisiert, da es im Land praktisch keine national dominierende Partei jenseits der islamistisch geprägten Muslimbruderschaft gibt.

Aktuell bestehen in Libyen zwei konkurrierende nationale Dachverbände: die General Union of Libyan Syndicates (GULS) und die National Union of Libyan Workers (NULW). Die NULW ist 2011 nach der libyschen Revolution aus der staatlichen Gewerkschaft Union of Libyan Producers hervorgegangen und erhielt durch das libysche Parlament einen neuen Generalsekretär, Salem Khalil. Mit dieser Entscheidung und der generellen Ausrichtung der NULW waren viele Branchengewerkschaften hingegen nicht einverstanden und unterstützten die Gründung der GULS, die seit Ende 2021 auch mit der International Trade Union Confederation (ITUC) affiliert ist. Die GULS tritt ebenfalls unter dem Namen General Federation of Libya Trade Unions (GFLTU) auf, wobei es sich jedoch um dieselbe Organisation handelt. Die aktuelle Generalsekretärin der GULS, Nermine Sherif, wurde bei einem Treffen der Führer_innen der affilierten Branchengewerkschaften gewählt. Die Wahlen fanden aufgrund des Krieges im Ausland statt, allerdings in der Gegenwart von 45 Gewerkschaftsvertreter_innen aus Libyen. Nermine Sherif ist ebenfalls Generalsekretärin der Gewerkschaft der Seefahrer_innen und Hafenarbeiter_innen und Tochter des Gründers der GULS, Naji Sherif.

Die GULS versucht sich in der aktuellen Situation politisch neutral zu positionieren, auch wenn dies oft schwierig ist. Zu den zentralen Zielen des Dachverbands zählt die allgemeine Stärkung der Gewerkschaftslandschaft in Libyen, die Fortbildung und Aufwertung der Mitgliedsgewerkschaften sowie teilweise die Unterstützung von Mitgliedsgewerkschaften in Konflikten mit Arbeitgebern.

ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

Aktuell (Mai 2023) existiert für die Arbeit von Gewerkschaften in Libyen keine rechtliche Grundlage. Die bestehenden Gewerkschaften sind rechtlich als Organisationen der Zivilgesellschaft (NGOs) registriert und organisiert. Rechtlich be-

Tabelle 1
Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände in Libyen

Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
National Union of Libyan Workers (NULW)	Salem Khalil	unbekannt	unbekannt
General Union of Libyan Syndicates (GULS)	Nermine Sherif	400.000 (nach eigenen Angaben)	ATUC, ITUC, EI, IndustriALL

Tabelle 2

Die wichtigsten Branchen- bzw. Einzelgewerkschaften in Libyen

Branchenverband / Gewerkschaft	Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Gewerkschaft der Lehrer_innen	GULS	Mohamed Issa al-Fallah	unbekannt	unbekannt
Gewerkschaft der Transportarbeiter_innen	GULS	Abdelsalam Tmini	unbekannt	unbekannt
Gewerkschaft der Seefahrer_innen und Hafenarbeiter_innen	GULS	Nermine Sherif	15.000 (nach eigenen Angaben)	ITF
Gewerkschaft für den Öl-Sektor	GULS	Saad Dinar	unbekannt	unbekannt
Gewerkschaft der Mühlen- und Getreideindustrie	GULS	Mustapha Shroud	unbekannt	unbekannt

steht Unklarheit darüber, ob ein Gesetz aus der Gaddafi-Zeit (Gesetz Nr. 23 von 1998) weiterhin gültig ist, da es die Freiheit von Gewerkschaften erheblich einschränkt, unter anderem weil sie vom Sekretariat des Parlaments bestätigt werden müssen. Diese Rolle hat gegenwärtig das Parlament übernommen, was jedoch nicht voll allen Seiten anerkannt wird. Mit Unterstützung der FES wurde 2022 an einem Entwurf für ein Gewerkschaftsgesetz gearbeitet, das mit mehreren zentralen Akteuren der Gewerkschaftsbewegung entworfen und anschließend dem libyschen Parlament vorgelegt wurde. Aufgrund der politischen Blockadehaltung des Parlaments für sämtliche politische Reformen und Projekte wurde das Gesetz bislang jedoch nicht verabschiedet.

Da die Gewerkschaftsbewegung in Libyen insgesamt sehr schwach ist, liegen die meisten Kompetenzen auf der Ebene der Dachverbände. Aktivitäten wie etwa Trainings für Gewerkschafter_innen in Libyen werden durch den Dachverband koordiniert. Um die Reichweite der Trainings zu verbessern und darüber bis in die betriebliche Ebene hineinzuwirken, sind zuletzt vor allem Training-of-Trainers-Aktivitäten (ToT) durchgeführt worden.

Die Grundlagen für die Gewerkschaftsarbeit in Libyen sind generell schlecht. Staatliche Strukturen sind oft unklar oder wechseln häufig. Korruption ist sehr weit verbreitet. Fast alle Beschäftigten arbeiten im öffentlichen Sektor, in dem es einen massiven Stellenüberhang gibt. Zudem werden Beschäftigte aufgrund von Korruption oder Nepotismus eingestellt, sodass Personen teilweise mehrere Stellen gleichzeitig besetzen oder eine Stelle im öffentlichen Sektor innehaben, ohne jedoch tatsächlich dort arbeiten zu müssen.

Da in Libyen kein funktionierender Rechtsstaat besteht und fast alle politischen Handlungen von bewaffneten Gruppen umgesetzt werden, ist Gewerkschaftsarbeit in Libyen sehr delikat und basiert vor allem auf persönlichen Netzwerken, direkten Kontakten und informellen Gesprächen. Viele Unternehmer sind oft zugleich führende Milizionäre oder besitzen gute Kontakte zu bewaffneten Gruppen – auch daher sind Streiks oder Arbeitsproteste in zentralen Sektoren sehr schwierig.

Darüber hinaus leben und arbeiten in Libyen etwa 600.000–700.000 Migrant_innen, deren Situation teilweise sehr unterschiedlich ist (manche haben eine Arbeitserlaubnis und Papiere, die meisten jedoch nicht). Insgesamt ist die menschenrechtliche Situation von Migrant_innen sehr problematisch. Sie arbeiten in fast allen Sektoren, von Dienstleistungen über den Bausektor bis hin zu Hausangestellten. Zudem werden sie von den libyschen Gewerkschaften nicht vertreten, auch wenn die GULS sich vorsichtig diesen Themen annähert. So kommt es immer wieder zu Berichten über Zwangsarbeit von Migrant_innen sowie andere Formen der Ausbeutung. Dies kann auch Haushaltshilfen in Privathaushalten betreffen, die oftmals Frauen und besonders vulnerabel sind. Auch minderjährige Migrant_innen sind Teil der libyschen Wirtschaft, auch wenn es über Kinderarbeit keine verlässlichen Zahlen und Informationen gibt. Ebenso wird über die sexuelle Ausbeutung von Migrant_innen berichtet.

Libyen hat mehrere ILO-Konventionen ratifiziert, darunter auch viele Kernarbeitsnormen. Von den zehn Kernarbeitsnormen wurden zwei bisher jedoch nicht ratifiziert: C155 (Arbeitsschutz und Arbeitsumwelt) und C187 (Förderungsrahmen für den Arbeitsschutz). Von den vier Governance-Konventionen wurden zwei nicht ratifiziert: C129 (Arbeitsinspektionen in der Landwirtschaft) und C144 (Dreigliedrige Beratungen). Aufgrund des schwachen oder teils nicht vorhandenen Rechtsstaats werden allerdings praktisch alle ILO-Konventionen missachtet.

GEWERKSCHAFTEN UND IHRE Kernaufgaben

In Libyen können Gewerkschaften ihre Kernaufgaben nur sehr eingeschränkt wahrnehmen; offizielle Tarifverhandlungen oder soziale Dialoge finden nicht statt. Wie erfolgreich einzelne Gewerkschaften daher in Lohn- und Tarifverhandlungen etwa auf Betriebsebene sind, hängt stark vom Einzelfall ab. Teilweise erkennen Unternehmen die Gewerkschaften nicht an, solange diese nicht vom Parlament bestätigt wurden (wie im Gesetz aus der Gaddafi-Zeit vorgeschrieben).

Einer der wichtigsten Arbeitskämpfe für die Gewerkschaften in Libyen ist der Kampf für die Auszahlung ausstehender Löhne und Gehälter. Im Zuge der revolutionären Wirren, des anschließenden Krieges und der politischen Teilung des Landes wurden für zahlreiche Arbeitnehmer_innen in staatlichen Betrieben die Gehaltszahlungen entweder ganz eingestellt oder erfolgen mit großer Verspätung. Aufgrund der schwachen Rechtsstaatlichkeit in Libyen ist die Befolgung von Tarifverträgen somit praktisch nicht gedeckt.

Die Interessen von prekär oder informell Beschäftigten, die in Libyen häufig Migrant_innen sind, werden von den Gewerkschaften kaum vertreten. Dennoch hat der Dachverband GULS damit begonnen, Daten über registrierte und nicht-registrierte Migrant_innen auf Ebene von Stadtverwaltungen zu sammeln, und hofft, diese in Gewerkschaften aufnehmen zu können.

In einzelnen Sektoren, etwa in der Lehrer_innen-Gewerkschaft, gibt es einen großen Anteil weiblicher Mitglieder, die jedoch nicht in der Führung der Gewerkschaften vertreten sind. Der Dachverband GULS wird aktuell von einer Frau geleitet, was jedoch eine große Ausnahme in der libyschen Gewerkschaftslandschaft darstellt; alle übrigen Leiter der Sektorengewerkschaften sind Männer. Laut einer Studie der FES stellen Frauen zwischen drei und fünf Prozent der gewählten Gewerkschaftsvertreter_innen.

GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

Der politische Einfluss der Gewerkschaften in Libyen ist schwer zu erfassen, da er vor allem auf informellen Kontakten und Netzwerken basiert. Der Dachverband GULS, vornehmlich in Gestalt der Generalsekretärin, unterhält jedoch Beziehungen zu allen wichtigen politischen Schaltstellen im Land; insbesondere zur Regierung Dbeiba bestehen gute Beziehungen. Die Verbindungen ins Parlament haben bislang allerdings nicht ausgereicht, um etwa ein Gewerkschaftsgesetz passieren zu lassen.

In Libyen existiert kein offizieller Sozialdialog. Mit Unterstützung der FES sowie mithilfe von Expert_innen des tunesischen Dachverbands UGTT wurde 2019 ein neues Arbeitsgesetz für den Privatsektor erarbeitet und an ILO-Standards angepasst. Dieses Gesetz wurde bislang jedoch ebenfalls nicht vom Parlament verabschiedet.

Insgesamt sind Gewerkschaften in der libyschen Öffentlichkeit kaum bekannt, selbst unter politisch interessierten Menschen. Allenfalls die Gewerkschaft der Lehrer_innen ist aufgrund ihrer Größe im Land bekannt. Die gesellschaftliche Akzeptanz ist daher insgesamt als niedrig einzuschätzen. Jenseits der Gewerkschaften gibt es keine weiteren bekannten Interessenvertretungen für Arbeitnehmer_innen im Privatsektor oder der informellen Wirtschaft. Mit der Frauenunion existiert zwar eine große und national verankerte Interessenvertretung speziell für Frauen, die sich ebenfalls für die Arbeitsrechte von Frauen einsetzt, sich insgesamt jedoch breiter für allgemeine Frauenrechte engagiert.

Die GULS ist international vernetzt; seit Ende 2021 besteht eine Affiliation mit dem ITUC. Darüber hinaus ist die GULS Mitglied im regionalen arabischen Dachverband ATUC (Arab Trade Union Congress). Vertreter_innen von GULS und den darin organisierten Branchengewerkschaften nehmen an Fortbildungen und Netzwerktreffen des ATUC teil, wie etwa den von der FES unterstützten Frauen- und Jugendnetzwerken.

Die aktuell größten Herausforderungen für die libyschen Gewerkschaften allgemein und die GULS sind eng mit der politischen Lage in Libyen verbunden. Sofern sich eine national einheitliche Regierung weiter konsolidieren kann und eventuell durch allgemeine akzeptierte Wahlen besser legitimiert ist, bestehen auch mehr Möglichkeiten für die Gewerkschaften, Forderungen nach einem sozialen Dialog mit dem zentralen libyschen Arbeitgeber, dem Staat, zu stellen und dabei Erfolge zu erringen.

In der aktuellen Situation ist dies jedoch zunächst unwahrscheinlich. Ohne legalen Rahmen für die Arbeit von Gewerkschaften oder ein Arbeitsgesetz für den Privatsektor können Gewerkschaften zwar auf Missstände hinweisen und in Einzelfällen auch Erfolge erringen, jedoch bleibt es unmöglich, strukturelle Probleme anzugehen. Somit bleiben die Gewerkschaften weiterhin schwach und können nur einen kleinen Beitrag zu Verbesserung der sozialen Situation in Libyen leisten.

Thomas Claes, Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Libyen

KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika | Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:

Mirko Herberg, Internationale Gewerkschaftspolitik
mirko.herberg@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfszwecke verwendet werden.